

# Staats-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Staats-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.40 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Belegkarte 1.40 Reichsmark, durch die Post 1.50 Reichsmark, 40 Pfennige Zustelgebühren. Gehalt der Anzeigen: Annahme: Je ein Jahr vorbestimmt. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Preisen berechnet, die Zeile 0.25 Reichsmark.

### Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Graf Hugo Döhring,

Staatsrat und Generaldirektor a. D., der im 82. Lebensjahre in Röttingen geboren ist, hat Bayern 38 Jahre lang in Berlin als ständiger Bevollmächtigter im Bundesrat des Deutschen Reiches vertreten. Während des Krieges 1870 begleitete er den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Bray nach Versailles zu den wichtigen historischen Verhandlungen. Die zur deutschen Reichseinigung führten. Seitdem lebte er auf seinem Gute Röttingen in Bayern.

Der Beamtenausschuß des Preussischen Landtages erörtert u. a. die Frage der Ausdehnung des Beamtenrechts. Bei Beratung einer Eingabe des Richtervereins um Aufhebung bzw. Einschränkung der Altersgrenze für die Richter wies ein Regierungsvorredner darauf hin, daß die Reichsregierung mit den Länderregierungen in Beratungen über die Schaffung eines Gesamtbeamtenrechts stehe und daß man diese Beratungen abwarten müsse.

Im Falle des Regierungsrates Bartels, mit dessen Verhaftung das Verfahren Krutiger begann, ist die Voruntersuchung abgeschlossen. Die Anklage wegen passiver Befriedigung wurde bereits erhoben.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge fanden zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Reichstagsfraktionen Verhandlungen über den Annahmefreigeleitenerwerb statt, die voraussichtlich heute fortgesetzt werden.

Nach einer Mitteilung im Verein der Berliner Industriefabrikanten vom 1. bis 30. Juni der deutschen Industrie nur 8 Mill. Dollar Kredite von Amerika bewilligt worden. 22 Millionen Dollar frühere Kredite sind inzwischen wieder zur Rückzahlung für Oktober gekündigt worden. Die 15-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Berlin wurde unter leidlichen Bedingungen abgeschlossen und liegt nun zur Zeichnung in Amerika auf.

Wie der „Lokalanzeiger“ hört, soll das in Kedinghausen stationierte französische Dragonerregiment mit dem Stabe und den Kommandobehörden die Stadt am 10. Juli verlassen. Die Verwaltungsbehörden sollen am Tage darauf folgen.

Die Vertreter der englischen Bergwerksbesitzer sind gestern zur Beratung der Vorläufe zusammengetreten, die den Bergarbeitern zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages unterbreitet werden sollen. Wie weiter erfährt, werden die Vorschläge bezüglich der Forderung der 9 Stunden vorausgesetzt sich weniger weitgehend sein, falls die Arbeiterführer dazu veranlaßt werden können, eine Abstimmung über die Verlängerung des Siebenstundentages vornehmen zu lassen.

Die gefrigen Wahlen zur zweiten holländischen Kammer brachten eine ziemlich Verschiebung nach links. Die Parteien der Regierungskoalition (Römisch-Katholische Staatspartei, Antirevolutionäre und Christlich-Historische Staatspartei) erhielten 236 853 Stimmen, die Linksparteien 321 321 Stimmen und die verschiedenen kleinen Parteien 65 270 Stimmen.

### Kriegsgefahr England — Rußland?

Der diplomatische Korrespondent der „Londoner „Westminster Gazette“ schreibt, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland näherten sich schnell einem Zustande äußerster Spannung, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen und zu einer für die Interessen beider Länder gefährlichen Lage führen könne. Die unmittelbare Ursache seien die letzten von Lord Birkenhead und Sir Douglas Hogg gehaltenen Reden, in denen die Methoden der Bolschewisten im Zusammenhang mit den jüngsten Unruhen im Osten kritisiert wurden. Aber die eigentliche Ursache der Eröberung auf Seiten Rußlands sei, daß die Sowjetregierung zu Recht oder Unrecht die Empfindung habe, daß sie als belagerte Nebenbuhlerin behandelt werden sollte durch Verwertung des von MacDonald unterzeichneten Vertrages seitens der konservativen Regierung.

Man verheißt sich nicht, daß im Zusammenhang mit den ostasiatischen Vorgängen sehr wohl an die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland gedacht werden kann.

Die Londoner „Evening Times“ melden aus Moskau: Der Große Sowjet beschloß, dem Rat der Volksbeauftragten u n b e i r a n k t e Vollmacht für die Vornahme von militärischen Sicherungsmaßnahmen in Ostasien zu erteilen.

Die „Morningpost“ meldet aus Moskau fortwährend Truppentransporte nach Ostibirien. Die sibirische Bahn ist oft mehrere Tage für Staatstransporte gesperrt.

Der holländische „Courant“ meldet aus London: Bei Lloyd in London wurden gemeldet für den Ausbruch eines Krieges Englands mit China bis 30. September 2 gegen 5, für einen Krieg Japans in China 9 zu 1.

### Mussolinis Verfassungsreform.

Dieser Mussolini ist wirklich ein ganz außerordentlicher Mann. Seit er da jetzt einen Verfassungsreformvorschlag vor, der praktisch eine Abschaffung der gesamten innerpolitischen Entwicklung der Welt seit 190 Jahren darstellt.

Nach den italienischen Zeitungsberichten besteht die Reform aus vier Punkten: Regierung, Verhältnis zwischen Regierung und Kammer, die Senatstagen und das Gesetzgebungsverfahren.

Die oberste Gewalt kommt dem Könige zu und wird in dessen Namen von der Regierung ausgeübt, deren Befugnis und Ernennung u n b e i r a n k t e dem Könige zufließt. Die Kammer hat nur das Recht der Vertrauensabgabe und der Billigung der allgemeinen Richtlinien der Regierung durch Annahme des Budgets und der gesetzlichen Reformen, letztere nur auf Vorstoß der Regierung unter Ausschluß der parlamentarischen Initiative. Die Regierung ist von der Kammer ausschließlich verantwortlich. Die Kammer sei einwilligend auf die Verfassung.

Das sind die Grundprinzipien der neuer Gesetzgebung, welche in einzelnen Entwürfen: Aufhebung der Bestimmung, daß die Finanzgesetze zuerst der Kammer vorzulegen sind, Aufhebung der Staatssekretariate und statt dessen Wiedereinführung der Generaldirektoren. Bei einem Vertrauensvotum ist die absolute Majorität unter Zuranderlegung sämtlicher nicht fortwährender Abgeordneter erforderlich. Senatoren von mehr als 70 Jahren gelten, wenn sie nicht jünger sind, als beurlaubt, beide Kamern sind gleichberechtigt.

Wenn ein Gesetzentwurf von einer Kammer abgelehnt wird, kann der König die Vorlage des Gesetzes an die andere Kammer anordnen.

Der König kann ferner eine gemeinsame Versammlung beider Kammer einberufen, stellt gleichzeitig Tagesordnung und die Sitzdauer der Tagung fest, Senatoren, die nach Einberufung dieser Versammlung ernannt werden, haben kein Stimmrecht.

Die Debatte ist geheim, die Beschlüsse sind öffentlich. Bezüglich der Erforderlichkeit der Ernennung von Senatoren sollen Kandidaten nicht ernannt sein, Universitätsprofessoren erst nach schriftlichem Examen, politische Schriftsteller nach zehnjähriger Tätigkeit im allgemeinen sollte solche während 20 Jahren öffentliche Tätigkeit entfallen haben; ferner Industrielle, Landwirte, Handelsleute und schließlich Steuerträger mit mindestens 12 000 Lire Steuerleistung.

Weiter wird die Errichtung eines Kabinettsrates der Kammer vorgezogen, die Kammer des Budgets in ein Ordinarium und ein Extraordinarium vorgezogen.

In diesem Entwurf sieht sich eine Beachtung der „misera plebs“, des „elenden Volkes“, die eines altnormischen Patriarchen würdig wäre; der König — oder sein Diktator — kommandiert, das Volk hat zu gehorchen! Zur Beherrschung für seinen Willkür wird es nicht zögern, wenn es entscheidet (arbeitet) und wird befristet (mit feierlichen Anrufen, jählichen Aufsätzen, Militäraparaden usw.). Also ganz das Regierungsprinzip des alten Roms: panem et circenses = Brot und Schauvorstellungen.

Man sprach, daß ein Mann des 20. Jahrhunderts den Mut hat, so offen mit allen „Erwünschtheiten der Demokratie“ zu brechen, so offen alle die Hunderttausende von ehrgeizigen Männern herauszufordern, die als politisch-parlamentarische Größen erst in den letzten Graden des 19. Jahrhunderts einwirkende politische Interessen des Volkes kennen, um einen mehr oder weniger großen Anteil an der Staatsmacht zu erlangen; daß er aber auch das grenzenlose Selbstbewußtsein besitzt und offen bekundet, daß er all der millionenfachen Anzuehung und Mitarbeit des Volkes bei der Führung des Staates nicht bedarf.

Vermutlich wird aller Opposition zum Trotz der Entwurf Gesetz werden, denn Mussolini vereint alle staatlichen Machtmittel in seiner Hand und hat die Sturmtrupps der nationalen Jugend hinter sich. Schon in der Verfassungsordnung des Entwurfs aber wird sich zeigen, daß in Wirklichkeit das staatliche Volk, die Maffe und ihre erblichen Führer, gar nicht die Macht haben, die sie nach den Verfassungen und nach den demokratischen Prinzipien unserer Zeit haben könnten, weil eben Paragrafen und Prinzipien allein nicht die Macht bilden, sondern weil der beste Führer der Maffe der Maffe ist. Die politische Maffe aber, besonders in den temperamentvolleren, d. h. mehr auf Gefühlswandlungen neigenden Völkern des Südens, hat keinen einseitigen Willen, sondern nur Willensanstöße. Und darum haben auch die parlamentarischen Führer keinen Willen, weil sie von der millionenfachen Maffe abhängig sind, der sie abhängig machen. Maffe wie Maffenführer haben Willen mehr nur im Verneinen und im Zerstreuen, aber nicht zum Aufbauen und Schaffen.

### Berliner Brief.

Die Regierung und die Toten.

Wie in der Entwaffnungsfrage, so hat der Reichspräsident auch in der Sicherheitsfrage keine Einwendungen gegen die bisherigen Kabinettsbeschlüsse erhoben. Die Antworten an die Entente und an Frankreich werden jetzt formuliert, eine letzte abschließende Beratung im Reichskabinet soll noch diese Woche erfolgen.

Wenn die Antworten aber falschlich abgeben, ist noch unentschieden, weil im Reichsverwehrgesamt des Reiches und der Wunsch besteht, die Luftfahrnote gleichzeitig mit der Entwaffnungsnote zu erledigen und zu beantworten. Lieber die Note, die ja ein Teil des ganzen Entwaffnungsprogramms der Entente gegenüber Deutschland ist, sollen auch die Länderregierungen vorher wieder gehört werden. Das soll im Schriftwechsel der Reichsregierung mit den Länderregierungen erfolgen, da man eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten deshalb für überflüssig hält, weil die Grundlagen und die Grenzen des deutschen Entgegenkommens in der Entwaffnungsfrage der letzten Berliner Konferenz festgestellt worden sind.

Der Beitrag für das deutsche Luftfahrzeugwesen tritt am kommenden Freitag zum Antritt. Der Reichsverkehrsminister hat für die Sitzung den Antrag eingebracht, diejenigen Forderungen der Luftfahrnote, die die Festlegung der Zahl der Flugzeugführer und der Flugführer durch das alliierte Garantienkomitee verlangt, gutachtlich abzulehnen.

Wenn Deutschland alle Forderungen der Luftfahrnote annehmen würde (was aber natürlich ausgeschlossen ist), dann würde allein schon der jetzige deutsche Luftverkehr um mindestens die Hälfte eingeschränkt werden. Dazu werden die neuen Kosten, die man uns zumutet, an ununterrichteter Stelle auf einige 50 Millionen Mark bezeichnet, außerdem werden erhebliche Arbeiterentlassungen notwendig werden. Die Weiterentwicklung der Luftfahrt würde vollständig abgebrochen, was abgesehen von den allgemeinen Folgen der Rückständigkeit im modernen Verkehr den Verlust der Beschäftigungsmöglichkeiten von zehntausenden von Arbeitern in dem ausschließlichen Industriezweig bedeuten würde.

### Die Ruhrräumung wieder zweifelhaft.

Von der Ruhrräumung ist es schon wieder still geworden. Havas dementiert und die Belgische Regierung dementiert.

Als Rest bleibt nur die Hoffnung, daß die Nichtannahme der Bedingungen der Entwaffnungs- und Luftfahrnote nicht wieder die Parteipolitischen Zusicherungen ausheben möchten. Der „Matin“ spricht gestern offen aus, wenn die deutsche Luftfahrt nicht ihres aggressiven Charakters entledigt würde, dann würde auch Painlevé Frankreichs Sicherung bedenklich machen.

Im direkten Gegensatz zu den zahlreichen Räumungen von einer bevorstehenden Räumung der Ruhrstädte steht die am 1. Juli in Düsseldorf und Ruhrort von den Franzosen und Belgiern ausgesprochene Verlängerung aller Mietverträge in den Privathäusern des 30. September. In Düsseldorf handelt es sich

### um 17 Privatwohnungen der Familienangehörigen der höheren Militärstäbe.

Die Londoner „Times“ und „Morningpost“ bringen Pariser Telegramme über die Einnahme der alliierten Militärstäbe in Versailles und sein Gutachten zur Ruhrräumung. Der „Times“ zufolge befindet sich die ganze Frage der Ruhrräumung noch in dem Vorstadium, es sei jedenfalls bis 30. Juni kein Befehl zur Räumung oder zur Winderung der Truppenstärke im Ruhrrevier gegeben worden.

Die Handelsvertragsverhandlungen. In den kritisch gewordenen Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich wird der heutige und morgige Tag die angeldingste Entscheidung wohl nicht bringen.

Trotz der alarmierenden Pariser Meldungen und der Nervosität, die auf beiden Seiten eingeführt scheint (Expeditionen lehnen bereits die Annahme von Gütern nach Frankreich in Hamburg und Berlin ab), gehen bei Abgang dieses Berichtes die Verhandlungen noch weiter, befehlt also noch immer die Hoffnung, daß der äußerste Schritt vermieden wird.

Wir haben ein hervorragendes Mitglied der Handelsdelegation befragt und die Aussicht erhalten, daß Störungen, drohende Abbrüche und Zurückweisungen logenanter „leichte Bindungen“ im Verlauf der monatlichen Verhandlungen schon so oft erfolgt sind und trotzdem sie immer wieder von neuem verhandelt worden, daß es auch dieses Mal wieder so kommen könnte. Lebenslang warnte man uns, in diplomatischen Kunstgriffen, die schwierige Verhandlungen zwischen zwei Staaten immer bringen, Sensationen zu mitern und einen Abbruch zu vermeiden, wo nur eine einschüchternde Bearbeitung des Gegners erfolge.

Unerbittlich ist es kritisch, daß wir heute nach sieben Monaten mit Frankreich noch nicht weitergekommen sind. Aber auch mit Italien, Japan und anderen Staaten bestehen ähnliche Schwierigkeiten. Die alliierten Staaten gehen eben immer noch nicht von der Verfallener Methode ab, auch die Wirtschaftsbeziehungen mit Gewaltandrohung zu regeln.

Aus Straßburg wird uns gemeldet: Im Elab zeigen sich erhöhte Vorbereitungen für einen Wirtschaftskrieg mit Deutschland. Die großen Expeditionshäuser haben Sonderverlagerungen nach Deutschland eingerichtet, um vor einem Zollkrieg sämtliche Transportlager zu räumen.

### Zur Kohlenkrise im Ruhrgebiet.

Im Handelsausschuß des Preussischen Landtages wurde einstimmig ein Zentrumsantrag angenommen, durch den das Staatsministerium um Maßnahmen gegen die Abstraktion im Ruhrbergbau ersucht wird. Als solche Maßnahmen schlägt der Antrag vor, die Förderung der Kohlenhandlung, die Anzuehung des allgemeinen Interesses an dieser Feuerkraft, erhöhte Abnahme von Brennstoffen, insbesondere Weizen durch die Reichsbahn, die Errichtung erweiterter elektrischer Stromerzeugungsanlagen im südlichen Ruhrgebiet, und Betrieb derselben mit Maagerkohlen, und schließlich die Herstellung von Querverbindungen durch das Industriegebiet von der Ruhr zur Lippe, um den Ruhrbelebungen die Anzuehung von Arbeit im mittleren und nördlichen Teil des Bezirks zu ermöglichen.



Das in der hiesigen Kammer jedes seinen Parlamentarismus und der Grund, weshalb auch mit trotz der unerschütterlichen Festhaltungen und Loyalität unserer Wähler mit dem parlamentarischen System nur so mühsam vorwärtskommen, so lautet die Meinung noch nicht lang hergebrachte Schulung zur Bildung einheitlichen, aufbauenden Willens tauglicher gemacht ist.

Und das ist für uns unüberwindlich und nicht die allseitig beschriebene Bewusstseinslage an dem fähigen Reichs-Parlament, daß es eine Verdringung darauf sein wird, ob trotz aller demokratischen Grundhaltungen unserer Zeit und trotz der Stärke, die der Massenwille im Reich und im Ausland hat, der klare, ehrliche Wille eines einzelnen Mannes, eines Vorkämpfers, nicht gewöhnlichen Führers, der die Massen mit sich führen zu können, nicht fürchter als die ganze leerenanativen Zeitungsmeinung ist.

Etwas Mannhaftes, Geistreiches, Schicklich-geliebtes trägt dieser Mann und Feuerkraft, was in unsere ins Breite zerfallende, hektische und tiefen schlaffende, in unklare archaisierende Zeit. Als Erster und Einziger stellt er sich wieder hier, der reiche de bronzo, den hochgenannten ehrlichen Fels, an den sich Millionen Menschen anlehnen. Er hat das Glück, einen Mann zu sein, der seine Verdringung zu sein und nicht nur ein guter Mann und guter Führer den Mut hat, die ganze Zeitungsmeinung zu leugnen und im Rahmen der politischen Freiheit den Weg der Macht zu erröthen, wie ein Sultan, der durch das Hindland zieht, nur erst wird sich zeigen, ob der demokratischen Prinzipien, die mit Regieren vererbte Waise, auch wirklich Macht hat, oder ob das, was ein ganzes Jahrhundert geglaubt hat, nur ein Traum und ein Haben ist, der wie das Gespinnst, wenn ihn der Hammer in der nächsten Bank eines wirtlichen Staatsbauers trifft.

### Die Zolldebatte.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages legte gestern die Generaldebatte über die Zollvorlage der Regierung fort. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten sprachen sich unbedingt gegen die geplanten Lebensmittelpölle aus.

Für die landwirtschaftlichen Zölle setzte sich Abgeordneter Wilmanns (Ztr.) ein. Er gedachte dabei auch des Roggenanbaus in Garzhausen.

Zur Frage der Industriezölle nahmen hauptsächlich die Abgeordneten Reichert (On.) und von Raumer (Bsp.) Stellung. Letzterer sprach ausführlich über die Verhandlungen der deutschen Eisenerzindustrie mit der französischen Eisenindustrie unter Zuegung von Vertretern der Eisenerzarbeitenden Industrie Deutschlands. Der Redner war in den letzten Tagen aus Paris über deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Paris und machte auch darüber vertrauliche Ausführungen. Er kam zu dem Schluß, daß die Industriezölle notwendig seien, um die Zollvereine der anderen mit Hilfe eigener Schutzölle zum Abbau zu treiben.

Die Generaldebatte soll heute zu Ende geführt werden.

### Oberrheinsteins Not im Landtag.

Im rheinischen Landtag wurde gestern die große Ausdrucksfrage über die Notlage Oberrheinsteins und der Grenzstadt zu Ende geführt. Das bayerische Gemälde, welches gestern die Redner aller Fraktionen von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entworfen hatten, war heute noch ergänzt und vervollständigt; so hob sich aus dem Gemälde besonders auch die bedrückte Situation hervor, in die die Großstadt Breslau durch die Lebensverengung mit Rücksicht auf die Oberrheinsteins geraten ist. Die Stadtkommune hat die Notlage nicht als zu wünschen übrig ließ, erfuhr der Abg. Baeumlein (Voll), der den guten Willen des Hauses, das ihm seine Redezeit weit über seinen Anforders hinaus verlängert hatte, mit dem besten Wohlwollen anfangen auf dem Deutschen Vorkriegs, seine Rede

ging in den Räumlichkeiten des Reichstages und des Hauses unter. Die Einlegung eines Rühmgen Ausschusses für die jüdischen Grenzgebiete wurde beschlossen; der Ausschuss wird aus 29 Mitgliedern bestehen, und es wurden ihm die sämtlichen Anträge, die zur Beratung gelangen hatten, zur weiteren Prüfung übergeben. Unzweifelhaft hatte das Haus die ausstehenden Abklärungen zum Austausch der Domänen und der Zollverwaltung, sowie zu den Verwaltungs-Verordnungen vorgenommen; Überlieferungen gab es dabei nicht.

### Kampf gegen die Schund- und Schmuck-Literatur.

Unter Neuanahme auf den kürzlich dem Reichsrat vorliegenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schund- und Schmuckliteratur hat der Preussische Innenminister an die zuständigen Beamten und Behörden über seine Absichten berichtet, der bereits einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der überhandnehmenden Schund- und Schmuckliteratur, insbesondere gewisser vertriebenen Druckchriften, treffen will, die namentlich auf Bahnhöfen, in Zeitungsstellen und im Straßenhandel vertrieben werden. Der Erlaß stellt sich auf eine Verdringung im Reichsvereinsministerium, deren Ergebnis im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen, dem Reichsminister des Innern und dem Reichsminister der Posten und Telegraphen, zunächst nur für Berlin folgendes bestimmt:

Periodische Druckchriften, gegen die nach dem 1. Juli d. J. eine restriktive Verurteilung ausgesprochen ist, werden vom Verkauf auf Bahnhöfen und in Zeitungsstellen bei erstmaliger Verurteilung für drei Monate, im Wiederholungsfall für sechs Monate ausgeschlossen. Die Deutsche Zentralpoststelle zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder, Schriften und Interate in Berlin, bei der die Behörden über solche restriktiven Verurteilungen aus dem Namen ihres erstatenden Laufens, gibt an die beteiligten Stellen Mitteilung von dem einzelnen Fällen. Die Zentralpoststelle erstattet gleichmäßig Bericht an das Preussische sowie an das Reichsministerium des Innern. Die Ortspostbehörden werden dann angewiesen, die von der Staatsanwaltschaft befugte Beschlüsse Druckchriftennummern dem Verkehr zu entziehen und unbrauchbar zu machen. Es soll auch schon gegen solche Auswüchse vorgegangen werden, wenn dem Verfasser der Druckwerk, ohne Rücksicht auf sein oder das Schmachtwort schuldig zu werden, angetreten sind, in richtiger oder richtiger Beziehung Taten und zu sein.

### Die Neuordnung der Volksschulbildung in Preußen.

Ueber die Gestaltung der Volksschulbildung der Lehrer und Lehrerinnen hat das Preussische Staatsministerium eine grundsätzliche Entscheidung getroffen: es hat am 30. Juni beschlossen, daß die Volksschulbildung der Lehrerinnen in einem zweijährigen Lehrauszug an pädagogischen Akademien erfolgen soll, gemäß den in einer Denkschrift des Kultusministeriums niedergelegten Grundgedanken, deren Veröffentlichung bevorsteht.

Mit Rücksicht auf die noch vorhandene große Zahl von unbeschäftigten Schulamtsbewerbern sollen zunächst nur drei pädagogische Akademien öffnen 1926 eingerichtet werden. Diese sollen die ersten Versuche mit der neuen Lehrerbildung praktisch durchführen. Von den drei ersten Akademien sollen die in der Mitte und die im Osten des Staates gelegene der Ausbildung evangelischer Lehrer, die im Westen zu eröffnende der Ausbildung katholischer Lehrer dienen.

Ueber die Gestaltung der Volksschulbildung der Lehrer und Lehrerinnen hat das Preussische Staatsministerium eine grundsätzliche Entscheidung getroffen: es hat am 30. Juni beschlossen, daß die Volksschulbildung der Lehrerinnen in einem zweijährigen Lehrauszug an pädagogischen Akademien erfolgen soll, gemäß den in einer Denkschrift des Kultusministeriums niedergelegten Grundgedanken, deren Veröffentlichung bevorsteht.

Mit Rücksicht auf die noch vorhandene große Zahl von unbeschäftigten Schulamtsbewerbern sollen zunächst nur drei pädagogische Akademien öffnen 1926 eingerichtet werden. Diese sollen die ersten Versuche mit der neuen Lehrerbildung praktisch durchführen. Von den drei ersten Akademien sollen die in der Mitte und die im Osten des Staates gelegene der Ausbildung evangelischer Lehrer, die im Westen zu eröffnende der Ausbildung katholischer Lehrer dienen.

Ueber die Gestaltung der Volksschulbildung der Lehrer und Lehrerinnen hat das Preussische Staatsministerium eine grundsätzliche Entscheidung getroffen: es hat am 30. Juni beschlossen, daß die Volksschulbildung der Lehrerinnen in einem zweijährigen Lehrauszug an pädagogischen Akademien erfolgen soll, gemäß den in einer Denkschrift des Kultusministeriums niedergelegten Grundgedanken, deren Veröffentlichung bevorsteht.

Mit Rücksicht auf die noch vorhandene große Zahl von unbeschäftigten Schulamtsbewerbern sollen zunächst nur drei pädagogische Akademien öffnen 1926 eingerichtet werden. Diese sollen die ersten Versuche mit der neuen Lehrerbildung praktisch durchführen.

### Die Besoldung der Schutzpolizeibeamten.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Reichsrat den Entwurf einer Besoldungsliste über die Besoldung der Besoldungsbeamten überreicht. Die Besoldungsbeamten durchlaufen während ihrer Dienstjahre eine wesentlich größere Zahl von Besoldungsgruppen als die übrigen Beamten.

Bei der Anwendung der Vorschriften für das Besoldungsdiagramm ergibt sich ein besonderer Verlust von Besoldungsdienstaltersjahren, daß die Besoldungsbeamten sich immer nur in den Anfangsstufen der einzelnen Besoldungsgruppen befinden. Die bei Überleitung in höhere Besoldungsgruppen sich ergebenden Verluste an Besoldungsdienstaltersjahren haben infolge der nachteiligen Auswirkungen des Beamtendienerinnenengesetzes weiter zu ungunsten der Besoldungsbeamten vergrößert. Da die Besoldungsbeamten keinen Anspruch auf Verbleiben im Amt bis zum 65. Lebensjahr haben und daher meistens das höchste Alter ihrer Besoldungsgruppe nicht erreichen können, soll das Besoldungsdiagramm gütiger gestaltet werden.

Die Neuregelung soll nur auf die im Dienste befindlichen Schutzpolizeibeamten angewendet werden; die Auswirkung der Besoldung auf den 1. März dieses Jahres wird erörterlich, mit dem 1. Januar, zugleich des Ausweisens von Schutzpolizeibeamten mit Versorgungsansprüchen die Verhandlungen über die Neuregelung bereits eingeleitet waren. Die Neuregelung soll die Schutzpolizei mindestens ebenso gut stellen wie die Soldaten der Wehrmacht.

Wenn man die geradezu unzufälligen Besoldungen bezieht, die sich die Schutzpolizei um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande unter händlichen Gefahren Sommerzeiten und Entbehrungen erworben hat und täglich nur erntet, wird man jede Förderung dieser getreuen Beamten nur begrüßen und unterstützen können.

### Ein empfindlicher „Proletarier“.

In der gestrigen Sitzung des Landesrates in Saarbrücken kam es über die Ausführungen der Abgeordneten Schmeler (Deutsche Volkspartei) und Schuler (Fortschrittliche Partei) auf dem Gebiet des Abgeordneten dem sozialdemokratischen Redner Gendler das Recht ab sprach, sich einen „Proletarier“ zu nennen. Im heftiger Erregung vertrat sich Gendler derartige persönliche Bemerkungen und geriet in immer tätigerer Erregung, als sich auch andere Mitglieder der Linken in den Streit einschickten, der schließlich so laut wurde, daß man die einzelnen Worte durchschreien zu müssen und zu hören nicht mehr zu verstehen konnte. Nicht bezweifelnde Schimpfwörter flogen hin und her. Die Sitzung wurde schließlich auf 10 Minuten geschloßen. Als aber auch während dieser Pause die Erregung nicht nachließ und die gegenseitigen Beschimpfungen fortwauerten, sah sich der Präsident genötigt, die Sitzung zu schließen.

Wenn des gute deutsche Wort richtig ist: „Wer es iudt, der trägt sich“, so muß man sich der Erregung des „Herrn Proletariats“ Gendler schließen, daß seine Proletariatsstimmung der Besoldung im Proletariat als einem völlig Vermögenslosen doch ein recht auffälliges Gegenbild sehen und wie bei losen Führern der Sozialdemokratie recht wenig zu dem Parteiprogramm „Nieder mit dem Kapital!“ sollte. Selbst wenn das aber nicht der Fall sein sollte, bleibt es ein bedauerlicher Ehrgeiz, durchaus Proletarier sein zu wollen, der mit dem gelunden Vorwärtstreben gerade unserer deutschen Arbeiter durchaus nicht übereinstimmt.

Es würde wirklich Zeit, daß die Führer der Sozialdemokratie den dem Stand und

Streben der deutschen Arbeitererschaft entgegenzusetzen und entwürdigenden Namen „Proletarier“ entgiltig in die Ecke würcen. Unser Staat und unsere Verfassung kennt nur freie Staatsbürger, und Prolet und Proletariat ist nur, wer es sein will und sich selbst aus dem Kreise der Staatsbürger als minderwertig ausgliedert. Wenn das die Mehrheit der deutschen Arbeitererschaft wirklich aus innerer Überzeugung täte, dann würde sie damit die Möglichkeit eines gelunden deutschen Parlamentarismus und die verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Arbeiters leugnen.

Seit es in Deutschland das gleiche Wahlrecht gibt, hat der von Marx geprägte Name Proletarier seinen künftlichen Glanz verloren und ist des deutschen Arbeiters unwürdig. Wenn der Herr Genosse Gendler trotzdem Wert darauf legt, ist das seine Privatsache; aber ein richtiger guter deutscher Arbeiter ist er dann nicht (was er ja allerdings auch nicht behauptet) und ebensowenig ein wirklich angelegener Vertreter des deutschen Arbeiters.

### Der ohnmächtige Völkerbund und J. T. G.

Der in Bellinzona (Italien) tagende internationale Eisenbahnerkongress nahm eine Entscheidung an, worin u. a. ausgeführt wird: Der Kongress schließt sich dem Protest an, den das Sekretariat der Internationalen Transportarbeiterföderation (I. T. G.) gegen die Verlogenheit der Eisenbahner insbesondere in Italien, Ungarn, Finnland, Griechenland, Jugoslawien und Palästina erhoben hat, und fordert unbeschränktes Koalitions- und Versammlungrecht. Er stellt mit Bedauern fest, daß der Völkerbund auch auf das entsprechende Anschreiben des I. T. G. nichts veranlaßt hat und anscheinend nicht in der Lage ist, die dem I. T. G. in Bezug auf Erfüllung der in den Friedensverträgen enthaltenen Verpflichtungen hinsichtlich der Koalitionsfreiheit zu zwingen. Der Kongress wendet sich daher an die Arbeiterorganisationen der in Betracht kommenden Länder mit der Aufforderung, das Eisenbahnerpersonal mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in seinem Kampfe um die Bewegungsfreiheit zu unterstützen.

Die Freistellung der Ohnmacht des Völkerbundes durch einen internationalen Transportarbeiterkongress mit dem unmittelbaren Eintritt in der Völkerbund fordernden Sozialdemokraten eigentlich doch sehr nachteilig machen.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Newport: Die Reise des Wilsons Staatssekretärs des Äußeren Lanfing durch die Vereinigten Staaten, um Vorträge über Wilsons Absichten bei Abschluß des Verfallens Vertrags zu halten, ist in Chicago unterbrochen worden. In Washington haben sich ausländische Einflüsse geltend gemacht, so daß die geplante Rundreise Lanfings nicht ausgeführt wird.

Da die Vorträge zeigen sollten, wie Wilson und die ganze Welt in Verfallens von Frankreich und England betrogen worden ist, sind es jedenfalls französische Einflüsse, die Lanfing zum Schweigen brachten. Ein Zeichen, daß wir auf die angebliche Franzosengegnerschaft der Amerikaner nicht bauen können.

### Südamerika — Atlantis.

#### Die Wege der weißen Rasse und der Menschheitskultur.

Bei den geologischen Untersuchungen am Panamakanal wurde festgestellt, daß die heutige Landenge, die Nordamerika mit dem Festland verbindet, im Laufe der Sabotagezeit vor etwa 2 Millionen Jahren im Tertiärzeit mindestens fünfmal Meereseben gewesen ist, was an den Kalkablagerungen unter der jenseitigen Erdoberfläche zu erkennen ist. Wenn die letzte große Erdoberflutung stattgefunden hat, die aus dem Meerespiegel die heutige Landenge hervorbrachte, ist bis jetzt nicht bekannt, doch weiß

Es ist eine interessante Mittelmeerfrage, nennlich der letzten Brandung im heutigen Mexiko und schließlich davon in dem Reich der einstigen Infans (Peru) und den umliegenden Ländern sowie jagendliche Mitteilungen aus den unerschöpflichen Teilen Brasiliens darauf hin, daß er in historischer Zeit die Landenge aus dem Meere emporragene ist.

Zeit einigen Jahrzehnten wendet sich die Kulturgeschichte der Mittelmeerländer mehr und mehr diesen Landstrichen zu und die Kunde, die dort gemacht worden sind, führen Einwendungen zu verdrängen, die bis jetzt nicht festgestellt sind. Besonders die Einwohner haben sich bei diesen Forschungsarbeiten verdient gemacht und auch gegenwärtig sind mehrere Expeditionen dort im Gange.

Eine der interessantesten Unternehmungen ist die des englischen Forscher Barnett, der über nach jahrhundertlangen Reisen in Mittelamerika und Brasilien sein Ziel gesetzt hat, in dem ostindischen Gebiet Brasiliens vorzudringen, das noch gänzlich unerschlossen ist, indem er auf seinen Reisen festgestellt hat, daß die zahlreichen Indianerstämme des umliegenden Gebiets übereinstimmend behaupten, daß läge mitten in den Niederungen ein Hochgebirge mit goldenem Schnee, und die Bewohner dieses Gebirges

den Abendlandes, der ägyptischen, teinesfalls prädisziplinäre. Besonders interessant ist, daß mitten im Stillen Ocean

auf den reichhaltigen Ozeaninseln ähnliche und der Art nach verwandte Kulturreste gefunden sind.

Die an diesen alten Kulturresten übereinstimmend so finden werden werden und besonders Pyramiden weisen eine unverkennbar verwandtschaft mit den ägyptischen Pyramiden auf, während andererseits eine unbestreitbare Ähnlichkeit der südamerikanischen Kulturreste mit den alten Bauten und Kunstwerken besteht, die sich in Indien und auf den malaischen Inseln finden.

Diese merkwürdigen Zusammenhänge haben die Wissenschaftler umgeben, bis in neuester Zeit wieder mit heldenmütiger Intelligenz einer uralten Sage auszuweichen, die einst das archaische Altertum durchwühlte: von

dem ostindischen Land Atlantis.

das jenseits des Mittelmeeres und der Küsten des Herkules (Meerenge von Gibraltar) liegen und unendlich reich an Schätzen der Kunst und Natur sein sollte.

Die Untersuchungen, die der bekannte Entdecker Columbus anrichtete, gründete Spanien's Kaiser Schölen in Erlangen, er der atlantischen Gabel von Anfang an und besonders in der Gegend von Gabis unglücklich vorgenommen hat, dienten dem gleichen Ziele, nämlich die Kunde über die Inseln zu erhalten, die im Zusammenhang mit dem Festland nach Westen fuhren, Indien zu erreichen glaubten. Was Schölen entdeckte, ist auch in vieler Hinsicht eigenartig genug, um die Vermutung etwas näher zu begründen, daß dort tatsächlich eine in seiner Kultur andere als die Mittelmeergebiete gearteter und älterer Gebiet oder Landstrich bestanden hat; doch genügen die Kunde nicht, um die archaische Weltkenntnis zu widerlegen, daß dort in der Nähe von Gabis lediglich eine in seiner Kultur andere als die Mittelmeer Kulturregion unter der Bezeichnung Gabis zu finden ist. Viel wertvoller für die Auffklärung der Sage von dem ostindischen Atlantis verdrängen die Kunde zu sein, die von den Inseln

des ostindischen Gebiet Brasiliens vorzudringen, das noch gänzlich unerschlossen ist, indem er auf seinen Reisen festgestellt hat, daß die zahlreichen Indianerstämme des umliegenden Gebiets übereinstimmend behaupten, daß läge mitten in den Niederungen ein Hochgebirge mit goldenem Schnee, und die Bewohner dieses Gebirges

der historischen Entdeckungen in Südamerika verdrängen lassen. Heute weiß man aus einem wissenschaftlichen die alle bisherigen Traditionen der Menschheitsgeschichte unterstützende Behauptung aufgestellt, daß nicht das Mittelmeerbebi, sondern Mesopotamien und Kleinasien und auch nicht Indien, sondern derjenige in letzter Zeit wurde am fernsten Mittelmeer geacht, was den Ostindien nicht Mittelmeer mit seinem im Wüstenland verweilen Ruinen im heutigen Tibet oder China

Die Wege der Menschheit sind, sondern eben dieses Sogenannte Atlantis, das sich einst von der Küste Spaniens über die Kanarischen Inseln und Azoren und die St. Pauls Insel, die arabischen Ägryta und Südamerika first, bis zu den vorerwähnten Inseln oder über Inseln erstreckt haben mag, deren Teile das heutige Südamerika bilden, und als dessen letzter Ausläufer die Ozeaninseln fern im Stillen Ocean erhalten geblieben sind.

Was wir bisher als die älteste Zeichen menschlicher Kultur in Mesopotamien, bewundert haben, werden nach dieser neueren Theorie nichts anderes als letzte Überreste ägyptischer Menschheit sein, die von dem verunklärten Land Atlantis aus über das heutige Mittelmeer hin seine Kolonien in Ägypten und Kleinasien und weiterhin im indischen — malaischen Gebiet begründete.

Im Rahmen dieser thesenmäßigen der Kulturgeschichte, sondern sich auf eingehende Studien, Sprach- und Rassenstudien stützbaren neuen Auffassung über den Ursprung der Menschheit erhebt, die ist von dem Engländer Jarmetz gemacht werden, in der ostindischen weichen Kasse im Inneren Brasiliens

vorzudringen, das noch gänzlich unerschlossen ist, indem er auf seinen Reisen festgestellt hat, daß die zahlreichen Indianerstämme des umliegenden Gebiets übereinstimmend behaupten, daß läge mitten in den Niederungen ein Hochgebirge mit goldenem Schnee, und die Bewohner dieses Gebirges